



**Niederschrift über die
Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 11.03.2019**

Ort: im Sitzungssaal des Landratsamts in Waiblingen, Alter Postplatz 10 in 71332 Waiblingen

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende:	Landrat Dr. Sigel	
22 Ausschussmitglieder:	Kreisrätinnen und Kreisräte	
	Jenner-Wanek, Schaal (ab 14:40 Uhr)	(CDU)
	Bauer, Gruber-Seibold	(SPD)
	Jud, Löffler	(Freie Wähler)
	Brodersen	(GRÜNE)
	Goll	(FDP-FW)
Stv. Ausschussmitglieder:	Tottmann	(CDU)
Entschuldigte Ausschussmitglieder:	Dr. von Pollern	(CDU)
Die Vertreter/innen der Jugendverbände und der Verbände der freien Wohlfahrtspflege:	Trautner, Windmüller, Waizel, Rook	
Die stv. Vertreter/innen der Jugendverbände und der Verbände der freien Wohlfahrtspflege:	Lenz, Huttelmaier	(CDU)
Die beratenden Mitglieder:	Krauß, Häufele, Dippon, Puschina, Schanbacher, Keidel	
Entschuldigte Mitglieder:	Gugeller-Schmieg, Rall	
Ferner:	Erster Landesbeamter Kretzschmar	
	Finanzdezernent Schäfer	
	Jugendamtsleiter Gläss	(Top 1-5)
	Herr Dr. Bürger	(Top 1)
Der Schriftführer:	Kreisobersekretärin Geprägs	

Beginn der öffentlichen Sitzung 14:30 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung 16:50 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung bittet Landrat Dr. Sigel die Teilnehmer der Sitzung, sich zum Gedenken an die Opfer des Amoklaufes, der am 11. März 2009 stattfand, zu erheben.

§ 1

Entwicklung und Rahmenbedingungen der Inanspruchnahme erzieherischer Hilfen im Rems-Murr-Kreis

Drucksache 2019/011

Landrat Dr. Sigel begrüßt Herrn Dr. Bürger vom KVJS und informiert den Ausschuss, dass der umfassende Bericht online über das Bürgerinformationsportal abgerufen werden könne.

Herr Dr. Bürger erläutert die Drucksache anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist. Er bittet darum, aufkommende Fragen direkt einzuwerfen und nicht bis zum Ende des Vortrags zu warten.

Landrat Dr. Sigel bedankt sich für den umfangreichen Vortrag und gibt zu, zu Beginn etwas skeptisch gegenüber den vielen Statistiken gewesen zu sein. Allerdings sei die Thematik sehr gut aufgearbeitet worden. Er betont, dass man ein sehr engagiertes Team im Jugendamt habe, das Aufgaben mit viel Herzblut wahrnehme.

Kreisrätin Jenner-Wanek bedankt sich für den Vortrag. Geschockt sei Sie darüber gewesen, dass die Stiefeltern-Konstellation deutlich schlechter als die der Alleinerziehenden abschneide. Ein Lob möchte Sie den sozialen Diensten aussprechen, ihr sei nicht bewusst gewesen, dass dieser ganz plötzlich 60 % mehr Arbeit leiste. Das sei nicht genug gewürdigt worden und man müsse sich hierfür bedanken. Sie wisse, dass die Nachfrage bei der Kindertagesbetreuung in Winnenden sehr groß sei. Der Umbau vor einigen Jahren, weg von der Heimerziehung, habe sich heute bestätigt. Sie freue sich, dass das jetzt so positiv gesehen werde. Sie bittet abschließend Herrn Dr. Bürger nochmals die Stiefeltern-Konstellation zu erläutern.

Herr Dr. Bürger erklärt, dass Stiefkinder in der Regel die Erfahrung hätten, im Zuge von Trennung und Scheidung ein Elternteil zu verlieren. Für diese sei somit ein hochsicheres System kaputtge-

gangen. Zur Folge würden sie sich dann auf das Elternteil konzentrieren, bei welchem sie leben. Bei einer neuen Partnerschaft erleben Kinder, wie ihre Bezugsperson einem neuen Menschen Aufmerksamkeit schenke. So würden sie beginnen Grenzen zu testen, zu rebellieren und einen Machtkampf auszuüben, zu wem das Elternteil stehe. Noch schwieriger werde die Situation, wenn beide Partner Kinder mitbringen. So müssten die Rollen völlig neu bestimmt werden. Das Prozedere müsse nicht scheitern, jedoch zeigen die Zahlen überproportionale Risiken. Das Jugendamt würde bei Scheidungsfällen aber immer unterstützen.

Herr Windmüller macht darauf aufmerksam, dass sich die zwei großen Berufsbildungswerke der Paulinenpflege durch die Agentur für Arbeit sehr stark für Hilfen bei psychisch erkrankten und behinderten Menschen einsetzen. Hier finde sich auch eine hohe Beteiligung durch das Kreisjugendamt, allerdings würden viele Personen in den Zuständigkeitsbereich der beruflichen Rehabilitationsmaßnahmen fallen. Er möchte sehr lobend darauf aufmerksam machen, wie großzügig die Agentur für Arbeit im Rems-Murr-Kreis diese Arbeiten unterstütze und weist darauf hin, dass dies auch ein Grund sei, weshalb die Ausgaben des Jugendamtes geringer ausfallen.

Kreisrat Bauer stellt fest, dass die finanzielle Schere im Rems-Murr-Kreis weit auseinandergehe. Es seien schon viele Stiftungen gegründet worden, um die Kinder in Armut zu unterstützen, jedoch würde es ihn interessieren, was es sonst noch für Vorschläge gebe, um die Kinder nicht in den Brunnen fallen zu lassen. Auch möchte er wissen, ob sich Herr Dr. Bürger auch mit dem Dunkelfeld auseinandersetze, da er selbst davon ausgeht, dass nicht alle betroffenen Kinder in den Statistiken auftauchen würden. Er spricht den sozialen Diensten und dem Kreisjugendamt seinen Dank aus.

Kreisrätin Brodersen bedankt sich für den Vortrag, der die Zunahme an Bedarf der Hilfen sehr deutlich gemacht habe. Sie teilt mit, dass die nachbewilligten Maßnahmen der Jugendhilfe sehr positiv seien, jedoch fragt sie sich, ob man nicht noch mehr investieren müsse. Sie bedankt sich außerdem für das Engagement und die Entwicklung des Jugendamtes.

Landrat Dr. Sigel betont, dass der Dank für die positive Entwicklung des Jugendamtes auch an das Gremium gehen müsse. Sofern personeller Bedarf im Kreisjugendamt bestehe, könne man sich an das Gremium wenden und diesen auch erläutern. Man müsse nicht mehr über kleinste Details diskutieren.

Frau Dippon erkundigt sich, ob die Kinder und Jugendlichen der Schule für Erziehungshilfe in der Statistik verarbeitet wurden.

Herr Dr. Bürger erklärt, dass nur Kinder gezählt werden, deren Eltern Hilfe zur Erziehung erhalten (z.B. aus Tagesgruppen mit Wohnsitz der Eltern im Kreis).

Herr Gläss ergänzt, dass die Kinder, die die Bodenwaldschule besuchen und keine zusätzliche individuelle Hilfe erhalten, nicht in der Statistik zu finden seien.

Herr Dr. Bürger geht weiter auf die Einkommensschere im Landkreis ein. Dass Die Wohnbevölkerung eher wohlhabend ist, habe mit den starken Wirtschaftsunternehmen im mittleren Neckarraum zu tun. Weiter bestätigt er, dass es ein Dunkelfeld gebe. Dieses drücke sich stark in der Altersarmut aus, da der Weg zum Amt häufig umgangen werde. Bei der Frage, wie soziale Ausgrenzung überwunden werden könne, komme es sehr darauf an, wie frühzeitig man die Kinder und die Eltern erreiche. Die Familien, die Unterstützung am dringendsten bräuchten, binde man am schwersten ein. Er sieht es als politisches Problem, dass man entscheiden müsse, in welchen Bereichen man zukünftig investieren solle. Die zum Glück seit 5 Jahren steigende Geburtenrate bedeute im Gegenzug mehr Bedarf an KiTa-Plätzen. Er hab keine Antwort, jedoch müsse man darüber nachdenken, woher das benötigte Personal komme. Diesen Überlegungen müsse man sich jetzt stellen.

Kreisrätin Jenner-Wanek erkundigt sich, ob das mangelnde Personal für das Problem der fehlenden Plätze bei U3-jährigen verantwortlich sei.

Herr Dr. Bürger erklärt, dass es ihn wundern würde, wenn die vorhandenen U3-Plätze im Rems-Murr-Kreis derzeit den Bedarf decken könnten. Er plädiere für einen Ausbau und eine Weiterentwicklung in diesem Bereich.

Frau Trautner bemerkt, dass das Problem bei den Plätzen für Schulkinder weitergehe. Jugendliche und Kinder müssten gut begleitet werden und sollten nicht verloren gehen.

Niederschrift **Sitzung des Jugendhilfeausschusses** am 11.03.2019

Seite 5

Öffentlich

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht über die Entwicklungen und Rahmenbedingungen der Inanspruchnahme erzieherischer Hilfen im Rems-Murr-Kreis zur Kenntnis.

Auszüge:
Kreisjugendamt

§ 2Fortschreibung des Teilplans KindertagespflegeDrucksache 2019/013

Herr Gläss erläutert die Drucksache anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Kreisrätin Gruber-Seibold erkundigt sich, an wie viele Kinder die 6 Millionen Euro für die Tagespflege ausbezahlt werden.

Frau Liebisch vom Kreisjugendamt teilt mit, dass derzeit ca. 1200 Kinder beim Jugendamt erfasst seien.

Herr Gläss führt die Präsentation fort.

Landrat Dr. Sigel ergänzt, dass man sich für die Variante, ab dem 1. Juni 2019 für alle 6,50 Euro zu zahlen, entschieden habe, da der Umsetzungszeitpunkt durch den Landkreistag nicht vorgegeben sei. Man wolle im nächsten Jahr handlungsfähig sein, aber die Vorgaben auch nicht rückwirkend umsetzen. Deshalb sei die Wahl auf Juni gefallen.

Kreisrätin Brodersen erkundigt sich, ob bereits daran gedacht wurde, die Erhöhung der Bezahlung der Tageseltern nicht allein durch Mittel des Kreises zu bestreiten, sondern auch die Elternbeiträge zu erhöhen.

Herr Gläss gibt an, dass das für dieses und nächstes Jahr nicht geplant sei. Man sei derzeit mit der Kostenbeitragstabelle und den entsprechenden Rückläufen in der Verwaltung sehr zufrieden. Deshalb sei aktuell nicht geplant, etwas an dieser Stelle zu ändern.

Kreisrätin Goll bekundet ihr Einverständnis mit dem Vorschlag der Verwaltung. Auch die Erhöhung der Gelder für alle Kinder werde von ihr als richtig empfunden, da vor allem im Bereich der Schul-

kinderbetreuung noch großer Bedarf bestehe.

Kreisrat Bauer bemerkt, dass seit Jahren viele Plätze in der Kindertagesbetreuung geschaffen werden müssten. Er findet daher die Erhöhung der Beiträge richtig. Außerdem werde so auch ein Signal an die Kommunen gesendet, mehr KiTa-Plätze zu schaffen.

Landrat Dr. Sigel betont, dass die Tageseltern einen wichtigen Stützfeiler darstellen, da vor allem in der Fläche nicht genug KiTa-Plätze vorhanden seien. Aber auch im Bereich KiTa-Ausbau sei der Kreis unterstützend aktiv. Man sei beispielsweise mit der Kreisbau in der Planung, in 4 Kommunen weitere Kindertagesstätten zu bauen. Über die zusätzlichen Mittel von Seiten des Landes freue er sich zwar, es seien dennoch 6 Millionen Euro, die auf kreisebene freigegeben werden müssten.

Kreisrätin Jenner-Wanek merkt an, dass eine Erhöhung der Gelder hilfreich sein könnte, weitere aufnehmende Eltern zu finden und somit auch Städte und Gemeinden entlastet würden.

Kreisrätin Gruber-Seibold bedankt sich dafür, dass bei der Aufarbeitung der Thematik von Familien gesprochen werde und nicht nur von Müttern. Sie möchte wissen, was die Verwaltung als Schulkinder definiere. Außerdem bekundet Sie Ihre Bedenken hinsichtlich der fehlenden Plätze für unter 3-jährige, ob eine Erhöhung für alle nicht falsche Anreize sende. Sie befürchtet, dass die Gemeinde die Aufgaben für unter 3-jährige nicht genug wahrnehme.

Kreisrätin Brodersen findet gut, dass der gleiche Betrag für alle Altersstufen ausgezahlt werden solle, da es keinen Unterschied beim Betreuungsaufwand gebe. Sie ist generell der Meinung, dass die Kommunen ihre Betreuungsangebote ausbauen müssten und nicht aufgrund der Erhöhung der Beiträge in der Tagespflege an anderer Stelle Geld sparen sollten. Die Verwaltung nehme hier viel Geld für die Kommunen in die Hand.

Landrat Dr. Sigel bestätigt, dass man die Städte und Gemeinden mit diesem Entschluss entlaste. Er macht darauf aufmerksam, dass man mit den Städten und Gemeinden in einem Boot sitze und gemeinsam an einem guten Angebot für die im Kreis lebenden Menschen arbeite. Das Geld fließe direkt an die Bürger zurück, die dadurch ein gutes Angebot haben. Man sei jedoch flächendeckend noch nicht so weit, dass man allen Bedürfnissen gerecht werde.

Herr Gläss ergänzt, dass es bei den Plätzen für unter 3-jährige einen großen Aufholbedarf gebe. Er führt die Präsentation fort.

Kreisrätin Brodersen erkundigt sich, ob der Urlaub der Tageseltern begrenzt sei.

Herr Gläss erklärt, dass nicht zwischen Urlaub, Krankheit oder Krankheit des Pflegekindes unterschieden werde. Man habe beschlossen, bis zu 28 aufeinanderfolgende Tage das Tageselternverhältnis fort zu finanzieren, wenn das Kind nicht in der Tagespflege sei.

Kreisrätin Brodersen bemerkt, dass dies eine großzügige Regelung darstelle und ob es seitens des Jugendamtes Überprüfungsmöglichkeiten gebe.

Herr Gläss erklärt, dass auch die Empfehlungen des KVJS 28 Tage vorschlagen würden. Er teilt außerdem mit, dass in der Praxis gewöhnlicher Weise Absprachen zwischen den Tageseltern und den Eltern stattfinden, sodass sich Urlaube auch nicht überschneiden. Die Obergrenze von 12 Wochen sei festgelegt worden, um eine mehrfach wiederholte Wahrnehmung der 28 fortfinanzierten Tagen zu vermeiden.

Frau Gruber-Seibold erkundigt sich nochmals, wann man als Schulkind gelte und bis zu welchem Alter die 6,50 Euro bezahlt werden.

Herr Gläss teilt mit, dass man in der Statistik häufig alle Kinder von 6-14 Jahren als Schulkind definiere. Die Untergrenze ergebe sich aus dem Alter des Schuleintritts, die Obergrenze habe der Gesetzgeber definiert.

Landrat Dr. Sigel ergänzt, dass man bewusst Doppelstrukturen zu den kommunalen Betreuungsangeboten in den Schulen vermeiden wolle.

Kreisrat Bauer bemerkt, dass es mit den Doppelstrukturen zuletzt Probleme gegeben hätte. Er möchte wissen, inwiefern diese nun gelöst wurden.

Landrat Dr. Sigel teilt mit, dass die Probleme gelöst seien. Man habe beschlossen, die Finanzierung von Schulkindern in der Tagespflege unabhängig davon, ob ein alternatives Betreuungsangebot zur Verfügung stehe, bis zum 1. Oktober fortzusetzen. Nach den Sommerferien gelte jedoch der vorgegebene Ansatz. Wer sein Kind trotz kommunalem Betreuungsangebot zu einer Tagesmutter schicken möchte, könne dies selbstverständlich tun, jedoch ohne die finanzielle Unterstützung des Kreises.

Herr Gläss ergänzt, dass es noch immer Eltern gebe, die sich gegen das kommunale Angebot wehren bzw. eine Fortsetzung der Finanzierung der Tagespflege fordern würden. Diesen könne man nur entgegenhalten, dass es häufig notwendig sei, durch eine politische Entscheidung Prioritäten zu setzen. Um Härtefälle zu vermeiden, habe man sich jedoch für die lange Übergangszeit bis 1. Oktober entschieden, damit rechtzeitig nach Alternativen Ausschau gehalten werden könne.

Der Jugendhilfeausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. Der Jugendhilfeausschuss stimmt der Erhöhung der Geldleistungen in der Kindertagespflege für alle Kinder ab dem 01.06.2019 auf 6,50 Euro pro Stunde zu.
2. Die im Haushalt mit einem Sperrvermerk versehenen Mittel in Höhe von 800.000 Euro werden freigegeben.
3. Die Fortschreibung des Teilplans Kindertagespflege C.3.2 Teil 1 und 2 soll wie vorgelegt erfolgen.

Auszüge:
Kreisjugendamt

§ 3Kinderschutzprojekt in den Rems-Murr-KlinikenDrucksache 2019/012

Herr Gläss erinnert, dass im Juni 2017 Frau Bauer-Rabe von den Rems-Murr-Kliniken und Frau Bittinger, ehemalige Sozialdezernentin, dem Gremium ein Projekt zur Gestaltung des Kinderschutzes in den Kliniken vorstellten. Als er die Leitung des Kreisjugendamts übernahm, habe das Kreisjugendamt gemeinsam mit der Paulinenpflege einen ersten Entwurf des Projekts entwickelt und den Kliniken vorgestellt. Zum Start des Projekts im März 2018 habe es jedoch Anlaufschwierigkeiten gegeben und es seien keine Anfragen eingegangen. Nach der Sommerpause habe man sich daher mit der Kinderklinik zusammengesetzt um nachzubessern.

Das Projekt habe zunächst aus 3 Bausteinen bestanden: 1. Schulung von Mitarbeitern, 2. Beratung durch eine insoweit erfahrene Fachkraft, 3. Wegweiserberatung für Eltern. Bei dem Gespräch im Herbst kristallisierte sich jedoch heraus, dass die Kliniken keine personellen Kapazitäten für die ganztägigen Schulungen im Klinikalltag hätten. Deshalb habe man sich auf halbtägige Schulungsangebote geeinigt. Nachdem die Wegweiserberatung seitens der Klinik als nicht notwendig angesehen worden sei, habe man sich darauf geeinigt, diesen Baustein zu streichen. Das Modell, an 2 festen Tagen eine Fachkraft in der Klinik einzusetzen, wurde durch die Möglichkeit ersetzt, nach rechtzeitiger Anmeldung des Bedarfs eine insoweit erfahrene Fachkraft anzufordern. Abschließend habe man im Herbst gemeinsam definiert, was man durch diese Anpassungen erreichen wolle und welche Ziele bis Februar erreicht werden sollen.

Zwischenzeitlich habe man festgestellt, dass man meilenweit von diesen Zielen entfernt sei. Bis heute seien keine einzige Schulung und lediglich 2 Beratungsgespräche durchgeführt worden. Man habe sich deshalb dafür entschieden, Frau Bauer-Rabe darüber zu informieren, dass man folgerichtig das Projekt nun eigentlich beenden müsse. Die Kliniken hätten jedoch um ein Gespräch gebeten, welches am 22.03.2019 auch stattfinden werde. Dann solle geklärt werden, ob ein weiteres Nachjustieren für erfolversprechend eingeschätzt werde.

Herr Gläss ist der Auffassung, dass der Bedarf für diese Thematik generell bestehe. Der Ansatz, Menschen zu schulen und vor Ort zu sein, sei prinzipiell der Richtige. Die Auswertung der bisherigen Erfahrungen stimme ihn allerdings nicht sehr optimistisch, jedoch möchte er keineswegs dem

Gespräch mit den Kliniken vorgehen. Sollte eine Chance bestehen das Projekt zu retten, sei der Wille von Seiten des Jugendamts da.

Landrat Dr. Sigel betont, dass es wichtig sei auch zu berichten, wenn etwas nicht so gut laufe. Gerade im Hinblick auf die letzte Sitzung vor den diesjährigen Kommunalwahlen wolle man keine Themen offenlassen. Er vertrete bekanntermaßen auch die Philosophie, dass der Landkreis ein großer Konzern sei, hierzu gehören die Kliniken, wie auch das Kreisjugendamt. Es seien alle gleichermaßen beteiligt und deshalb wolle man auch gemeinsam an einer Lösung arbeiten und versuchen das Beste herauszuholen.

Kreisrat Bauer erinnert daran, dass in der Vergangenheit bereits über das Thema Personal gesprochen wurde. Er ist der Meinung, dass die ausbleibenden Reaktionen bei einer solchen Arbeitsbelastung normal seien, da es in den Momenten wichtigere Dinge gebe, als diese Schulungen wahrzunehmen. Er sieht jedoch auch ein dringendes Problem in diesem Bereich. Er möchte wissen, wie weit es verpflichtend war, diesem Projekt nachzukommen und ob man die Problematik zukünftig von Seiten der Kliniken anpacken werde.

Landrat Dr. Sigel erklärt, dass von Seiten der Klinikleitung Interesse bestehe, das Projekt fortzuführen. Man wolle nicht die Schuld hin und her schieben.

Kreisrat Bauer betont, dass er den guten Willen von Frau Bauer-Rabe nicht anzweifeln wolle. Er möchte jedoch wissen, ob die hohe Belastung der Mitarbeiter ursächlich dafür sei und ob man dies nicht schon hätte kommen sehen.

Landrat Dr. Sigel führt aus, dass dies nichts mit der täglichen Arbeitsbelastung zu tun habe. Er gehe eher davon aus, dass das Projekt nicht ganz oben auf der Prioritätenliste stand. Die jetzigen Ergebnisse seien jedoch wichtig, damit alles nochmals mit den Kliniken besprochen werden könne.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht über das Kinderschutzprojekt in den Rems-Murr-Kliniken zur Kenntnis.



Niederschrift **Sitzung des Jugendhilfeausschusses** am 11.03.2019

Seite 12

Öffentlich

Auszüge:

Kreisjugendamt

Rems-Murr-Kliniken

§ 4Anerkennung der Musikschule Unteres Remstal e. V. als Träger der freien Jugendhilfe
Drucksache 2019/014

Landrat Dr. Sigel teilt mit, dass Herr Gläss einen Sachvortrag zu diesem Thema halten könne, er allerdings davon ausgehe, dass der Vorgang bekannt und in der Drucksache ausgeführt sei. Er schlägt deshalb vor, direkt zur Abstimmung überzugehen.

Der Jugendhilfeausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Die Musikschule Unteres Remstal e. V. wird als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII und § 4 Jugendbildungsgesetz anerkannt.

Auszüge:
Kreisjugendamt

§ 5Verschiedenes

1. Herr Gläss verweist auf die Einladung zur Beteiligungsveranstaltung zum Aufbau eines landesweiten Ombudssystems in der Kinder- und Jugendhilfe, welche per E-Mail am 28. Februar 2019 an die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses versendet wurde. Er bittet um Rückmeldung im Laufe der Woche, um die Anmeldungen gesammelt an das Sozialministerium weiterzuleiten.
2. Landrat Dr. Sigel bedankt sich im Hinblick auf die letzte Sitzung des Jugendhilfeausschusses vor den diesjährigen Kommunalwahlen für die gute Zusammenarbeit im Gremium. Er verweist zudem auf die Auftaktveranstaltung des Landratsamts zur Remstalgartenschau am 23. Mai 2019, zu der die Gremienmitglieder herzlich eingeladen seien.

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Die Schriftführerin:

gez.

gez.

Dr. Richard Sigel

Lea Geprägs